



# HESSISCHER LANDTAG

23. 05. 2017

Plenum

## **Antrag der Fraktion DIE LINKE**

**betreffend Städte der Zuflucht in Hessen unterstützen - für eine solidarische  
Asylpolitik statt Abschiebungen und Ausgrenzung von Geflüchteten!**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag begrüßt und unterstützt Initiativen hessischer Bürgerinnen und Bürger, die darauf abzielen, mehr Asylsuchende in hessischen Kommunen aufzunehmen. Initiativen wie "200 nach Marburg" oder "57 - Darmstadt verdoppelt" verdeutlichen die große Solidarität hessischer Bürgerinnen und Bürger gegenüber Schutzsuchenden und sind ein starkes Zeichen der Menschlichkeit in Zeiten einer auf Abschreckung und Abschottung zielenden Asylpolitik auf Landes- und Bundesebene.
2. Ebenso begrüßt der Hessische Landtag Beschlüsse von hessischen Gemeindevertretungen für eine Aufnahme von weiteren Asylsuchenden, wie etwa das entsprechende Votum der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg.
3. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, Kommunen, die an der Aufnahme von weiteren Asylsuchenden interessiert sind, bei der direkten Aufnahme aus dem Ausland zu unterstützen. Sie soll sich insbesondere bei der Bundesregierung für die konsequente Umsetzung des bereits 2015 beschlossenen, bislang aber nur in Ansätzen praktizierten Relocation-Programms für die Aufnahme von Geflüchteten aus Griechenland und Italien einsetzen.
4. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung ferner auf, das 2015 ausgelaufene hessische Aufnahmeprogramm für syrische Bürgerkriegsflüchtlinge, womit die legale und sichere Einreise von Angehörigen in Hessen lebender Syrierinnen und Syrier erleichtert wird, fortzusetzen und auf andere Ländergruppen auszuweiten. Auf Bundesebene soll sich die Landesregierung dafür einsetzen, dass das Resettlement-Programm des Bundes substanziell erweitert wird, damit mehr Schutzsuchende unmittelbar aus Drittstaaten aufgenommen werden können.
5. Der Hessische Landtag bedankt sich bei den hessischen Bürgerinnen und Bürgern, die mit ihrem Engagement einen unverzichtbaren Beitrag für die Etablierung einer solidarischen Asylpraxis und einer Kultur der Weltoffenheit in den Kommunen leisten. Initiativen wie das "Project Shelter" in Frankfurt, die "Afghan Refugees Movement", das "Aktionsbündnis gegen Abschiebung Rhein-Main" oder die "Initiative Bürgerasyl" in Hanau stehen für gelebte Humanität und den Versuch, sich der Logik von Ausgrenzung und Abschiebung zu widersetzen. Der Hessische Landtag dankt den hessischen Flüchtlingspaten, die mit ihrer Bürgerschaft die Einreise von schutzbedürftigen Syrierinnen und Syrern ermöglicht haben, und fordert die Landesregierung auf, die Flüchtlingspaten zu unterstützen und angesichts von Regressforderungen der Jobcenter nicht im Regen stehen zu lassen.

### **Begründung:**

Die Europäische Union schottet ihre Außengrenzen gegen Flüchtlinge ab. Legale und sichere Wege, um Schutz in Europa zu suchen, existieren kaum. Seit Schließung der Balkanroute und dem Inkrafttreten des EU-Türkei-Deals ist Griechenland Endstation für viele Schutzsuchende. Tausende Flüchtlinge verharren dort unter menschenunwürdigen Bedingungen ohne eine Chance auf legale Weiterreise.

Parallel zu der Aufrüstung an den europäischen Außengrenzen wird das Asylrecht in Deutschland kontinuierlich demontiert: Mit unfairen Asylschnellverfahren, der Einschränkung des Fa-

miliennachzugs, diskriminierenden Wohnsitzauflagen, Leistungen unter dem Existenzminimum, Abschiebungen von kranken Menschen und Abschiebungen in Kriegsgebiete werden Geflüchtete schikaniert und entwürdigt.

Gegen diese Politik der Ausgrenzung und Abschottung und angesichts des Versagens der Europäischen Union, eine humane Aufnahme von Geflüchteten in Europa zu organisieren, bilden sich derzeit in Deutschland - wie in anderen Teilen Europas auch - Initiativen auf kommunaler Ebene, die auf eine direkte Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Ausland und eine solidarische Asylpolitik abzielen.

Die hessischen Initiativen "200 nach Marburg" und "57 - Darmstadt verdoppelt" etwa werben dafür, Geflüchtete aus griechischen Flüchtlingslagern, in denen unerträgliche Zustände herrschen, zu evakuieren und in ihren Kommunen aufzunehmen. Für ihr Anliegen konnten sie bereits ihre Stadtverordnetenversammlungen gewinnen.

Diese Initiativen erinnern an das bislang nur unzureichend umgesetzte Versprechen der Bundesregierung, im Rahmen des europäischen Relocation-Programms Geflüchtete aus Griechenland und Italien in Deutschland aufzunehmen, und die Notwendigkeit von sicheren und legalen Einreisemöglichkeiten für Schutzbedürftige auch aus dem EU-Ausland. Sie verdeutlichen, dass es jenseits der Asylpolitik auf Bundes- und Landesebene, die auf Abschottung und Abschreckung setzt, Akteure gibt, die für eine andere, solidarische Asylpolitik und eine Kultur der Weltoffenheit stehen.

Wiesbaden, 23. Mai 2017

Die Fraktionsvorsitzende:  
**Wissler**